

Die Krise in Mazedonien: Turbulenzen in der fragilen interethnischen Balance

Dieser Beitrag behandelt die Hintergründe und den Verlauf der Krise in Mazedonien im Frühjahr 2001, die durch die Radikalisierung der interethnischen Beziehungen zwischen der slawo-mazedonischen Volksgruppe und den ethnischen Albanern sowie durch das Auftreten einer neuen albanischen Guerilla ausgelöst wurde. Neben den politischen und militärischen Ereignissen wird auch das Krisenmanagement der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere der EU, angesprochen. Als dieser Beitrag fertiggestellt wurde (28. Mai 2001), dauerte die Krise an und es war deshalb nicht absehbar, ob es zum Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges kommt oder ein politischer Kompromiss die interethnische Balance sichern wird.

Das schwierige außenpolitische Umfeld und die multiethnische Struktur als Herausforderungen für den jungen mazedonischen Staat

Im November 1991 wurde die Republik Mazedonien als selbständiger Staat aus der Taufe gehoben. Die mazedonische Staatswerdung vollzog sich im Unterschied zum Unabhängigkeitsprozess in den anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina ohne Kampfhandlungen. In schwierigen Geheimverhandlungen hatte der damalige mazedonische Staatspräsident Kiro Gligorov den Ende März 1992 abgeschlossenen Abzug der Jugoslawischen Volksarmee (Jugoslavenska narodna armija/JNA) vereinbart. Trotz dieses großen politischen Erfolgs eines "sanften Ausstiegs" aus der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien gefährdeten im ersten Jahrzehnt der Eigenständigkeit Mazedoniens sowohl das schwierige außenpolitische Umfeld als auch die gespannten interethnischen Beziehungen zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern die Stabilität des jungen Staates.

Mit Ausnahme Albaniens stellten alle Nachbarn den mazedonischen Staat und/oder die mazedonische Nation zunächst in Frage. So erkannte Serbien zwar die mazedonische Nation, nicht aber den mazedonischen Staat an, Bulgarien umgekehrt den Staat, jedoch nicht die Nation und Griechenland weder das eine noch das andere. Durch eine behutsame Politik, die darauf ausgerichtet war, zu allen Nachbarn gleichermaßen gute und konstruktive Beziehungen aufzubauen, gelang es der mazedonischen Führung, das Verhältnis zu den Regierungen der angrenzenden Staaten sukzessive zu verbessern. Im September 1995 einigten sich Griechenland und Mazedonien unter Ausklammerung der weiterhin strittigen Namensfrage auf ein Interimsabkommen. Damit wurde der seit dem Ausscheiden Mazedoniens aus der jugoslawischen Föderation bestehende Konflikt zwischen Skopje und Athen um den Namen, die Verfassung und die Flagge Mazedoniens, der eine Aufnahme des Landes in die UNO im April 1993 nur unter dem Kürzel FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) zugelassen hatte, zwar nicht endgültig gelöst, jedoch entschärft. Nach Abschluss des Interimsabkommens beendete Griechenland seine Wirtschaftsblockade gegenüber Mazedonien. Infolge des Dayton-Abkommens für Bosnien-Herzegowina vom November 1995 kam es im April 1996 auch zur gegenseitigen Anerkennung zwischen den Regierungen in Belgrad und Skopje. Im Streit mit Bulgarien um die Existenz einer eigenen mazedonischen Sprache, die von den meisten Bulgaren als bulgarischer Dialekt angesehen wird, konnte im Jahre 1999 eine

Kompromissformel gefunden werden, die den Abschluss mehrerer zuvor aufgeschobener Abkommen ermöglichte.¹

Während sich die mazedonischen Außenbeziehungen zunehmend entspannten, bedrohten innere Gefahrenquellen den jungen Staat immer stärker: Im Verhältnis zwischen der slawisch-mazedonischen Titularnation und den Albanern als zweitgrößter Volksgruppe waren schon während des Zerfalls des kommunistischen Jugoslawiens unübersehbare Risse zutage getreten. Die Unzufriedenheit mit den politischen Rechten als nationale Gruppe und nicht der Wunsch auch weiterhin Bestandteil einer jugoslawischen Föderation zu sein, war die Ursache für die anfängliche Ablehnung der Unabhängigkeit Mazedoniens durch die politischen Repräsentanten der Albaner. Die albanischen Parteien riefen ihre Volksgruppe zum Boykott des Referendums vom 8. September 1991 auf und organisierten stattdessen im Januar 1992 ein Referendum über eine "territoriale Autonomie" für die mehrheitlich albanische Bevölkerung im Westen und Nordwesten des Landes. Nach albanischen Angaben haben daran mehr als 90 % der albanischen Bevölkerung teilgenommen und drei Viertel mit "Ja" gestimmt. Radikale Albaner beriefen sich auf dieses Votum, als sie zwei Jahre später im südwestmazedonischen Struga die Gründung einer albanischen Republik "Ilirida" verkündeten. Dieser Deklaration folgten keine konkreten politischen Schritte auf albanischer Seite und die mazedonische Regierung bezeichnete das albanische Referendum zwar als illegal, ging jedoch nicht strafrechtlich gegen die Organisatoren vor. Dennoch war damit die Basis für weiteres Misstrauen zwischen den Volksgruppen geschaffen.² Schon im November 1991 hatte die Annahme einer neuen Verfassung durch das mazedonische Parlament ethnische Gegensätze hervortreten lassen, obwohl das mazedonische Grundgesetz im Prinzip "minderheitenfreundlich" ist. Die Verfassung sieht z. B. vor, dass in Gebieten, in denen mehrheitlich Nicht-Slawo-Mazedonier leben, in den Ämtern neben der mazedonischen Sprache in kyrillischer Schrift auch die Sprachen der Minderheiten zugelassen sind. In einigen staatlichen Grund- und Oberschulen ist Albanisch die erste Unterrichtssprache.³ Trotzdem ist die Verfassung in der Perzeption vieler Albaner die Basis für ihre "Benachteiligung" im mazedonischen Staat. Als diskriminierend wird insbesondere die Bezeichnung Mazedoniens als "Nationalstaat des mazedonischen Volkes" in der Präambel der Verfassung empfunden. Die albanischen Parteien in Mazedonien lehnen die aus der Verfassungstheorie des kommunistischen Jugoslawiens übernommene Unterscheidung zwischen konstitutiven Völkern (narodi) und nichtkonstitutiven Völkerschaften (narodnosti) ab. Ihr politisches Ziel ist seit der Staatsgründung ein ethnisch definierter bi-nationaler Staat mit den Albanern als zweitem Staatsvolk und Albanisch als zweiter offizieller Landessprache. Daneben fordern sie eine Ausweitung ihrer kulturellen Rechte (z. B. Bildungsangebote in der Muttersprache auch im universitären Bereich) sowie eine Steigerung des Anteils von ethnischen Albanern im Staatsapparat.⁴ Bis heute liegt der Anteil der Albaner insbesondere in Polizei und Armee weit unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zur Zeit gehören nur etwa 3 % der mazedonischen Polizisten und Berufssoldaten der albanischen Volksgruppe an.⁵ Die slawischen Mazedonier fühlen sich durch die albanische Forderung nach einem bi-nationalen Staat bedroht und unterstellen den Albanern deshalb Sezessionswünsche. Die

1 Vgl. Magarditsch Hatschikjan: Reparierte Nationen, separierte Gesellschaften. Makedonien und seine neue große Frage. In: Osteuropa 3/2001, S. 316-330, hier S. 318ff.

2 Vgl. Heinz Willemsen, Stefan Troebst: Transformationskurs gehalten. Zehn Jahre Republik Makedonien. In: Osteuropa 3/2001, S. 299-315, hier S. 305f.

3 Vgl. Irena Stawowy-Kawka: Die Albaner in Makedonien - Vergangenheit und Gegenwart. In: Walter Lukan, Peter Jordan (Hg.): Makedonien. Geographie – Ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Wirtschaft – Recht. Wien u. a. 1998, S. 115-130, hier S. 124f.

4 Vgl. Willemsen, Troebst: Transformationskurs, S. 308ff.

5 Vgl. den Bericht der International Crisis Group "Macedonia's Ethnic Albanians: Bridging the Gulf" v. 2.8.2000 (Kapitel II D).

politischen Repräsentanten der Albaner begründen diese Forderung mit dem hohen Anteil ihrer Volksgruppe an der Gesamtbevölkerung und lehnen es deshalb ab, als "nationale Minderheit" bezeichnet zu werden. Über die Zahl der in Mazedonien lebenden ethnischen Albaner gibt es abweichende slawisch-mazedonische und albanische Angaben. Gemäß der letzten Volkszählung im Jahre 1994 stellen die Albaner etwa 23 % der rund zwei Millionen Einwohner zählenden Gesamtbevölkerung. Im Unterschied dazu wird von den Interessensvertretungen der albanischen Bevölkerung, die das Verfahren der Volkszählung kritisiert und die Ergebnisse angezweifelt haben, der albanische Bevölkerungsanteil auf rund 40 % geschätzt.⁶

Charakteristisch für die politische Entwicklung in Mazedonien in den vergangenen zehn Jahren war, dass trotz der großen Gegensätze über die Konzeption des mazedonischen Staates der politische Dialog zwischen den politischen Repräsentanten der slawischen Mazedonier und der ethnischen Albaner nie abgerissen ist und letztere in allen bisherigen mazedonischen Regierungen vertreten waren. Von 1992 bis 1998 befand sich die albanische Partei der Demokratischen Prosperität (PDP) in der von den mazedonischen Sozialdemokraten (SDSM) geführten Regierung. Nach der Niederlage der SDSM und dem Sieg der national-mazedonischen Sammelbewegung Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation-Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) bei den Parlamentswahlen im Herbst 1998 ersetzte die zweite relevante Albaner-Partei, die Demokratische Partei der Albaner (DPA), die PDP als Koalitionspartner in der Regierung. Beide albanische Parteien erstreben einen bi-nationalen Staat und nahmen in der Vergangenheit abhängig davon, welche Partei sich gerade in der Regierung oder in der Opposition befand, abwechselnd eine radikalere oder moderatere Haltung ein.⁷ Die Einbindung der großen albanischen Parteien in das politische System verhinderte bisher, dass sich in Mazedonien wie im Kosovo ein albanisches "Parallelsystem" außerhalb der staatlichen Institutionen herausbildet. Entscheidend war in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der slawo-mazedonischen Führung zu graduellen Reformen, die den Status der albanischen Volksgruppe verbessern. Sie bemühte sich auch darum, Anspruch und Wirklichkeit bezüglich der verfassungsmäßig garantierten politischen und kulturellen Rechte der albanischen Volksgruppe näher zusammenzubringen sowie die Proportionen unter den Beschäftigten im Staatsapparat zugunsten der ethnischen Albaner zu verschieben. Trotz der Bereitschaft der relevanten slawo-mazedonischen und albanischen Parteien zu einem Dialog über die Verbesserung der interethnischen Beziehungen konnte keine wirkliche Entspannung des interethnischen Verhältnisses erreicht werden. Der Grund dafür ist vor allem die tiefe Kluft zwischen Politik und Gesellschaft in Mazedonien. Ein wichtiges Kennzeichen der mazedonischen Gesellschaft ist die Segregation nach ethnischen Trennlinien. Das gesellschaftliche Leben spielt sich vorwiegend innerhalb der slawisch-mazedonischen und albanischen Teilgesellschaften ab. Während die Slawo-Mazedonier vornehmlich in den Staatsbetrieben beschäftigt sind, findet man die Albaner mehr im privaten Sektor, in der "Schattenwirtschaft" und als Gastarbeiter im Ausland.⁸ Die Trennung der Volksgruppen im ökonomischen und sozialen Bereich hat einen großen Einfluss auf das politische Leben. Da der Kompromiss nur von einer Minderheit getragen wird, während in den beiden Teilgesellschaften mehrheitlich völlig unvereinbare politische Konzepte vertreten werden, brechen die Konflikte entlang der ethnischen Trennlinien immer wieder eruptiv aus. So kam es nach der von allen albanischen Parteien unterstützten, von der Regierung in Skopje allerdings für illegal erklärten Gründung einer privaten albanischen Universität in Tetovo im

6 Zu den Ergebnissen der Volkszählung von 1994 vgl. Herbert Büschenfeld: Die Volkszählung 1994 in Makedonien. In: Osteuropa 8/1995, S. 769-776.

7 Vgl. Hatschikjan: Reparierte Nationen, S. 322ff.

8 Heinz Willemsen: Republik Makedonien. Innenpolitische Konflikte und Gefährdungen eines jungen Staates in einer instabilen Region. Berlin 2001, S. 14.

Dezember 1994 immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen albanischen Demonstranten und der mazedonischen Polizei. Dabei war auf albanischer Seite im Februar 1995 auch ein Todesopfer zu beklagen.⁹

Für die Radikalisierung der interethnischen Beziehungen in Mazedonien im Frühjahr 2001 waren jedoch nicht nur die inneren Probleme des Landes ausschlaggebend, sondern vor allem das sicherheitspolitische Vakuum im Kosovo und in Südserbien.

Der Einfluss der Lage im Kosovo und in Südserbien auf die Radikalisierung der Beziehungen zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern

Obgleich die sozio-ökonomischen und politischen Ursachen für den interethnischen Konflikt in Mazedonien natürlich im Land selbst zu suchen sind, handelt es sich bei der Radikalisierung der Beziehungen zwischen Slawo-Mazedoniern und ethnischen Albanern im Frühjahr 2001 um einen militärischen "Spill over" aus dem Kosovo und Südserbien. Seit dem Abzug der serbischen Truppen im Juni 1999 gibt es im Kosovo eine zivile und militärische Präsenz der Internationalen Gemeinschaft in Form der UNO-Verwaltung UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo) und der Friedenstruppe Kosovo-Force/KFOR mit insgesamt 42 000 Soldaten. Die KFOR konnte nicht verhindern, dass ehemalige Kämpfer der "Kosovo-Befreiungsarmee" (Ushtria Çlirimtarë e Kosovës/UÇK), die nach dem Ende des Kosovo-Krieges offiziell entmilitarisiert und in das sogenannte Kosovo Protection Corps mit zivilen Aufgaben transformiert wurde, im Norden Mazedoniens Waffenlager anlegten. Die dort versteckten Waffen wurden aber nicht nur für einen späteren albanischen "Befreiungskampf" in Mazedonien gehortet. Sie waren auch dafür vorgesehen, die Schmuggelpfade vom Süden Kosovos und von Südserbien nach Mazedonien gegen die mazedonischen Sicherheitskräfte zu "verteidigen". Eine Überlagerung politischer und krimineller Interessen war auch für die albanischen Freischärler in Südserbien charakteristisch, die nach dem Ende des Kosovo-Krieges in den mehrheitlich von Albanern bewohnten Gemeinden Südserbiens die sogenannte "Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanovac" (Ushtria Çlirimtarë Presheva, Bujanovc ve Medvegja/UÇPMB) gegründet hatten. Mitglieder dieser albanischen Guerilla, die bis zur Rückkehr der jugoslawischen Streitkräfte in dieses Gebiet im Mai 2001¹⁰ für den Anschluss der südserbischen Gemeinden an den Kosovo gekämpft hatten, dominierten gemeinsam mit ehemaligen UÇK-Kämpfern aus dem Kosovo in der ersten Phase der Kämpfe in Mazedonien die albanisch-mazedonische "Nationale Befreiungsarmee". Diese trägt wie die ehemalige "Befreiungsarmee des Kosovo" das albanische Namenskürzel "UÇK" (vollständig Ushtria Çlirimtarë Kombetare) und hat mit ihren militärischen Aktivitäten eine Radikalisierung der fragilen slawisch-albanischen Beziehungen in Mazedonien bewirkt.

9 Vgl. Willemsen, Troebst: Transformationskurs, S. 310f.

10 Die Rückkehr der jugoslawischen Streitkräfte in die fünf Kilometer breite Pufferzone zwischen Serbien und dem Kosovo die sogenannte „Ground Safety Zone“, erfolgte mit Billigung der NATO.

Zum Verlauf der Krise in Mazedonien im Frühjahr 2001

Militärische Entwicklung (Mitte Februar-Mitte Mai)

Für die Annahme, dass ein Großteil der Anführer der mazedonischen "UÇK" aus dem Kosovo und Südserbien stammen, spricht, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der albanischen Guerilla und mazedonischen Sicherheitskräften in der zweiten Februarhälfte im mazedonischen Ort Tanuševci in der Nähe der Grenze zum Kosovo und zu Südserbien ihren Ausgang nahmen. Am 20. Februar drangen etwa 200 Bewaffnete aus dem Kosovo in Mazedonien ein, denen sich mehrere lokale albanische Dorfmitzonen angeschlossen haben dürften. Im Gegensatz zu früheren Vorfällen, in die albanische Freischärler in Mazedonien in den letzten Jahren vor allem unter der Bezeichnung "Albanische Nationale Armee" verwickelt waren, handelte es sich bei den bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze nicht mehr "nur" um einzelne Anschläge auf mazedonische Polizeieinrichtungen und -patrouillen, sondern um den Versuch "befreite Zonen" zu schaffen, die nicht mehr von mazedonischen Sicherheitskräften kontrolliert werden. In der ersten Märzhälfte gelang es mazedonischen Sicherheitskräften zwar, die Kontrolle über den Grenzabschnitt bei Tanuševci wieder zurückzugewinnen, ein weiteres Einsickern bewaffneter albanischer Kämpfer aus dem Kosovo konnte jedoch nicht verhindert werden. Die mazedonische Regierung machte dafür die KFOR mitverantwortlich, zu deren Aufgaben gemäß der UNO-Resolution 1244 auch die Sicherung der Grenze des Kosovo zu Albanien und Mazedonien gehört. Der mazedonische Ministerpräsident Ljubčo Georgievski warf dem KFOR-Kommando wiederholt vor, der Sicherheit der eigenen Soldaten Vorrang vor der Sicherung der Grenzen zu geben. Die KFOR habe nach Einschätzung von mazedonischen Regierungsvertretern deshalb auch keine nennenswerten Maßnahmen zur Verhinderung des Grenzübertritts von bewaffneten Kämpfern und Schmugglern gesetzt.¹¹

Versuche des KFOR-Kommandos in der ersten März-Hälfte, diesen Vorwürfen durch die Verstärkung der Präsenz des amerikanischen KFOR-Kontingents an der Grenze zwischen Kosovo und Mazedonien entgegenzutreten, kamen zu spät. Mitte März griffen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der UÇK und den mazedonischen Sicherheitskräften auch auf das Hügelland nahe der mehrheitlich von Albanern bewohnten Stadt Tetovo im Nordwesten Mazedoniens über. Ein verstärktes Aufgebot der mazedonischen Polizei stellte Granatwerfer am Rande der Stadt auf und nahm die angrenzenden Hügel unter Beschuss. Dort hatten mehrere hundert bewaffnete albanische Kämpfer Stellung bezogen. Die mazedonische Armee (Armija na Republika Makedonija/ARM) hatte zwar am 18. März damit begonnen, Reservisten zum Kampf gegen die UÇK einzuberufen, die in Tetovo stationierten mazedonischen Soldaten griffen jedoch zunächst kaum in die Kämpfe ein und unterstützten die Polizei nur im logistischen Bereich. Obwohl sich die Stellungen der UÇK nahe der Stadtgrenze Tetovos befanden, brachen im März in der Stadt selbst (ca. 50 000 Einw.) keine Kämpfe zwischen der albanischen Mehrheitsbevölkerung (ca. 70 %) und der slawisch-mazedonischen Minderheit (ca. 25-30 %) aus. Die slawisch sprechende Bevölkerung Tetovos zog sich in ihre Viertel zurück, die meisten Frauen und Kinder der slawischen Bevölkerung wurden in die mazedonische Hauptstadt Skopje evakuiert. Bei Angriffen von Scharfschützen von den umliegenden Hügeln wurden bis zum 17. März ein albanisch-stämmiger Bürger Tetovos getötet und zwei verletzt.¹² Da auch die Kämpfe in albanischen Dörfern im Grenzgebiet zum Kosovo anhielten, setzte eine erste albanische Flüchtlingswelle in den Kosovo ein.

11 Vgl. Nin (Belgrad) 8.3.2001 und Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 8.3.2001.

12 Vgl. Die Presse 17.3.2001, S. 5.

Das militärische Ziel der UÇK bestand in dieser Phase darin, durch die Ausweitung ihres Aktionsradius in die Nähe urbaner Zentren mit albanisch–slawischer Mischbevölkerung ein Ende des fragilen politischen Dialogs zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern herbeizuführen und bisher gemäßigte politische Kräfte der Albaner für einen "Befreiungskampf" zu gewinnen. Während der Kampfhandlungen in den Wäldern von Tetovo verlautbarte die neue albanische Guerilla in ersten Kommunikationen ihre politischen Zielsetzungen noch relativ unpräzise. Darin war von einem Kampf für die Autonomie der mehrheitlich albanisch besiedelten Gebiete im Nordwesten Mazedoniens sowie von der "Aufwertung" der ethnischen Albaner zum zweiten Staatsvolk die Rede. Die Ziele der UÇK deckten sich damit weitgehend mit den Forderungen der stärksten politischen Kraft der ethnischen Albaner in Mazedonien, der DPA und ihres Parteichefs Arben Xhaferi. Die DPA, die zu dieser Zeit mehrere Minister in der Koalitionsregierung mit der VMRO-DPMNE stellte, verurteilte den Guerilla-Kampf der neuen UÇK zwar, forderte angesichts der bewaffneten Eskalation jedoch auch eine rasche Verbesserung der verfassungsrechtlichen Stellung der Albaner in Mazedonien.

Stellungnahmen von albanischen Politikern aus Mazedonien und dem Kosovo während der März-Kämpfe im Hinterland von Tetovo lassen den Schluss zu, dass der Aufbau kooperativer und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien eine mögliche Ursache für die Ausweitung des bewaffneten Kampfes albanischer Extremisten auf Mazedonien war. Kosovarische und mazedonische Albaner interpretierten insbesondere eine Vereinbarung über den Verlauf der Grenze zwischen Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien (inklusive Kosovo) als feindlichen Akt Skopjes. Die Grenzvereinbarung war als vorläufiger Höhepunkt der verbesserten Beziehungen zwischen Skopje und Belgrad am 23. Februar 2001 von den Staatspräsidenten Mazedoniens und der Bundesrepublik Jugoslawien, Boris Trajkovski und Vojislav Koštunica, unterzeichnet worden¹³. Wegen des Grenzverlaufs hatte es seit der Unabhängigkeit Mazedoniens Streit zwischen Skopje und Belgrad gegeben. Die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten wurde insbesondere von albanischen Politikern aus dem Kosovo scharf kritisiert. Diese sprechen Belgrad und Skopje das Recht ab, ohne Einbindung der Kosovo-Albaner über den Verlauf der kosovarisch-mazedonischen Grenze zu verhandeln. Allgemein zeigten sich Vertreter der Kosovo-Albaner und der Albaner in Mazedonien darüber enttäuscht, dass die Regierung in Skopje ihre vormals guten Beziehungen zu Priština für die Verbesserung der Beziehungen zur jugoslawischen Führung aufzugeben schien.

Innerhalb der mazedonischen Regierung gab es zu Beginn des Guerilla-Kampfes keine einheitliche Meinung darüber, wie weit die Maßnahmen zur Abwehr der UÇK reichen sollten: Während sich der Verteidigungsminister schon Mitte März für die Verhängung des Ausnahmezustands aussprach, wurde dies von der Innenministerin mit der Begründung abgelehnt, der Konflikt könne eskalieren, wenn der albanische Koalitionspartner der mazedonischen Regierungsparteien wie für diesen Fall angedroht aus der Regierung austritt.¹⁴ Die mazedonische Regierung stellte der UÇK in den Hügeln um Tetovo am 20. März ein Ultimatum, gemäß dem sie innerhalb von vierundzwanzig Stunden die Waffen abgeben und sich den Behörden stellen oder aus der Gegend abziehen muss. Anderenfalls würden die mazedonischen Sicherheitskräfte nach Verstreichung der Frist mit einer Großoffensive gegen die UÇK beginnen.¹⁵

Da die UÇK nicht bereit war, den Forderungen des Ultimatums der mazedonischen Regierung nachzukommen, nahm die ARM unterstützt von Polizeikräften die Stellungen der Guerillakämpfer gewaltsam ein. An der Operation "Säuberung" am 25. und 26. März waren vorwiegend Spezialeinheiten der ARM beteiligt, die von vier Mi-8-Hubschraubern nahe der

13 Vgl. NZZ 26.2.2001.

14 Vgl. NZZ 19.3.2001.

15 Vgl. NZZ 21.3.2001.

Stellungen der UÇK abgesetzt wurden, nachdem mazedonische Artillerie diese zuvor unter Beschuss genommen hatte. Die Operation hatte nach mazedonischen Angaben zur Zerschlagung der UÇK im Raum Tetovo und zu mehreren Dutzend Toten auf Seite der Guerilla-Kämpfer geführt.¹⁶ Die mazedonische Armeeführung betonte nach dem Ende der Operation, dass die ARM trotz mangelhafter Ausrüstung ihre erste große Bewährungsprobe seit der Gründung des mazedonischen Staates im Jahre 1991 bestanden hat. Die ARM setzt sich aus insgesamt 15 000 aktiven Soldaten (davon bis zu 40 % ethnische Albaner) sowie ca. 60 000 Reservisten zusammen. Ihre Ausrüstung ist größtenteils veraltet wie der T-34-Panzer, der sonst nur noch in der albanischen Armee eingesetzt wird. Modern ausgestattet sind lediglich vier der insgesamt 98 T-55-Panzer. Zum Bestand der ARM gehören des Weiteren ca. 150 gepanzerte Fahrzeuge und Transportfahrzeuge aus sowjetischer und amerikanischer Produktion, vier Mi-8-Hubschrauber sowie zwei Mi-24-Hubschrauber aus der Ukraine. Die mazedonischen Polizeikräfte setzen sich aus 7 000 aktiven Polizisten und 9 000 Reservisten zusammen. Über die Stärke der UÇK gab es keine genauen Angaben. Nach Schätzungen des mazedonischen Verteidigungsministeriums und der NATO bestand die Hauptkampftruppe der Guerilla im Frühjahr aus mehreren Hundert Mann, die in den Kampfgebieten durch Mitglieder von lokalen Dorfwehren verstärkt wurden.¹⁷ Zur Bewaffnung der UÇK gehörten neben der typischen Guerilla-Waffe Kalaschnikow auch Fliegerabwehrkanonen, Panzerminen, Handgranaten sowie Granatwerfer (72mm-Kaliber).¹⁸

Nach Abschluss der militärischen Operation im Hinterland von Tetovo verlagerten sich die Kämpfe zwischen der ARM und der UÇK in den letzten Märztagen in einen fünfzehn Kilometer nordwestlich von Skopje gelegenen Grenzabschnitt zum Kosovo. Um das Einsickern von albanischen Freischärlern über diesen kaum bewohnten Grenzabschnitt mit den Hauptorten Krivenik im Kosovo und Gračani in Mazedonien zu verhindern, setzte die ARM Panzer, Granatwerfer und Hubschrauber gegen die UÇK ein. Bei den Kampfhandlungen wurden jedoch auch Ziele im Kosovo mit Granaten beschossen und dabei wurden drei Menschen getötet. Der Generalstab der ARM wies die Verantwortung dafür zurück und kehrte den Schuldverdacht um: Albanische Guerillakämpfer hätten mazedonische Uniformen angezogen und die Granaten abgeschossen, um das Ansehen der ARM zu schädigen. Das Kommando der KFOR setzte eine Expertenkommission ein, die den Vorfall klären sollte.¹⁹

Nach dem Ende der ARM-Offensiven im April entspannte sich die Sicherheitslage. Dazu trug vor allem der Umstand bei, dass die UÇK wegen der personellen Verluste durch die Tetovo-Offensive zu einer Umgruppierung ihrer Kräfte gezwungen war und deshalb in dieser Phase kein Interesse an einer Intensivierung der Kämpfe mit mazedonischen Sicherheitskräften hatte. Ein weiterer Grund für die verringerte Kampfintensität waren verstärkte Grenzsicherungsmaßnahmen der KFOR im Raum Krivenik, die den Nachschub für die UÇK in diesem für sie zentralen Gebiet fast vollständig unterbrachen. Die Kampfkraft der Guerilla wurde insbesondere deshalb verringert, weil es der KFOR gelang, mehrere Waffenlager der albanischen Freischärler im Grenzgebiet auszuheben. So fanden Anfang April polnische KFOR-Soldaten in einem Lager südlich von Krivenik unter anderem 32 Panzerabwehrrohre und 80 Kisten mit Munition für leichte Waffen²⁰.

Ende April begann sich die Sicherheitslage wieder zu verschlechtern. In der im Süden gelegenen Stadt Bitola demolierten mazedonische Extremisten mindestens vierzig Geschäfte

16 Vgl. Macedonian Information Service 27.3.2001. Internet-Dokument: <http://www.makedonija.com/mic/index.html>.

17 Vgl. Nin (Belgrad) 22.3.2001.

18 Vgl. Macedonian Information Service v. 27.3.2001. Internet-Dokument: <http://www.makedonija.com/mic/index.html>; Vreme (Belgrad) 10.5.2001, S. 47.

19 Vgl. NZZ 30.3.2001 und 31.3.2001.

20 Vgl. NZZ 4.4.2001.

von Albanern. Bei dem Krawall wurden vier Personen verletzt, eine von ihnen erhielt einen Bauchschuss. Zu den Ausschreitungen kam es nach der Beerdigung von vier slawo-mazedonischen Polizisten, die im westlichen Grenzgebiet zum Kosovo zusammen mit vier Soldaten der ARM von albanischen Freischärlern getötet worden waren. Parallel zur erneuten Intensivierung der Kampfhandlungen im Grenzgebiet weiteten die mittlerweile umgruppierten UÇK-Kräfte in der ersten Mai-Hälfte ihren Aktionsradius auf die Dörfer um die Stadt Kumanovo in der Nähe der Grenze zu Serbien aus. Das ist insofern von Bedeutung, als es ein ethnisch sehr stark durchmischtes Gebiet mit albanischen, slawo-mazedonischen und serbischen Dörfern ist. Die Errichtung von Stellungen in albanischen Dörfern des Kumanovo-Gebietes durch die UÇK führte zu einem Abbruch der Kontakte lokaler Repräsentanten der Slawo-Mazedonier und der serbischen Minderheit zu den lokalen Vertretern der Albaner. Dadurch erhöhte sich die Gefahr, dass auch auf slawo-mazedonischer und serbischer Seite paramilitärische Gruppen gebildet werden, deren Zweck die Bekämpfung nicht nur der UÇK, sondern auch der "feindlichen" albanischen Zivilbevölkerung sein könnte. Die ARM rückte zwar Anfang Mai mit ca. 200 Soldaten und gepanzerten Fahrzeugen in Kumanovo ein, sie war jedoch hinsichtlich ihrer operativen Möglichkeiten zur Zerstörung der UÇK-Stellungen eingeschränkt. Wegen der im Vergleich zum Hinterland von Tetovo höhere Siedlungsdichte im Operationsgebiet forderte die ARM deshalb die albanische Zivilbevölkerung der betroffenen Dörfer nordwestlich von Kumanovo auf, sich "zu ihrer eigenen Sicherheit" über die Hauptstraßen nach Kumanovo zurückzuziehen. "Wer Schleichwege nimmt oder sich Richtung Grenze bewegt" werde hingegen "als legitimes militärisches Ziel" angesehen.²¹ Da nur wenige Albaner dieser Aufforderung Folge leisteten, warf die mazedonische Regierung der UÇK vor, die albanische Zivilbevölkerung als Schutzschild zu missbrauchen.²² Die unter Druck der Internationalen Gemeinschaft Mitte Mai gebildete neue mazedonische Regierung, in der auch Politiker der zwei albanischen Parteien DPA und PDP vertreten waren, verkündete bei ihrer ersten Sitzung am 15. Mai eine zweitägige Feuerpause. Ministerpräsident Georgievski verlangte von den albanischen Freischärlern, dass sie bis zum 17. Mai ihre Waffen niederlegen und ihre Stellungen bei Kumanovo räumen. Bis dahin würde die ARM nur dann das Feuer eröffnen, wenn sie angegriffen wird²³.

Das Konfliktmanagement der Internationalen Gemeinschaft

Das internationale Konfliktmanagement während der Krise in Mazedonien im Frühjahr 2001 wurde hauptsächlich vom Koordinator der Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, sowie vom Generalsekretär der NATO, George Robertson, getragen. Die Vermittler übten auf die Politiker in Mazedonien Druck aus, eine neue Regierung unter Einschluss aller relevanten slawo-mazedonischen und albanischen Parteien zu bilden. Am 11. Mai einigten sich die bisherigen Regierungsparteien VMRO-DPMNE, die Liberale Partei und die DPA mit der bisher oppositionellen sozialdemokratischen SDSM sowie der albanischen PDP auf die Bildung einer Großen Koalition. Diese breit angelegte Regierung sollte - zumindest nach dem Plan der EU - den Beschluss einer Staatsreform mit einer „Verbesserung“ des Status‘ der Albaner im mazedonischen Parlament ermöglichen.²⁴

Das zweite Ziel der internationalen Vermittler bestand darin, die von Georgievski mehrmals angekündigte Ausrufung des Kriegszustandes zu verhindern.²⁵ Die westlichen Vermittler befürchteten nämlich, dass die albanischen Parteien auf die Ausrufung des Kriegszustandes

21 Vgl. Die Presse 5.5.2001, S. 5.

22 Vreme 10.5.2001, S. 47.

23 Vgl. NZZ 16.5.2001.

24 Vgl. NZZ 12.5.2001.

25 Vgl. Die Presse 7.5.2001.

mit ihrem Rückzug aus den politischen Institutionen reagieren könnten, was die mazedonische Gesellschaft ethnisch vollständig polarisieren würde. Ferner wurden die mazedonischen Sicherheitskräfte von der NATO angehalten, bei der Wahl der militärischen Mittel auf die Verhältnismäßigkeit zu achten, um die albanische Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten so wenig wie möglich zu gefährden. Eine Einbindung der albanischen Guerilla in eine politische Lösung wurde sowohl von allen slawo-mazedonischen Parteien als auch von der EU und den USA kategorisch ausgeschlossen. Das entsprach auch der Beurteilung der UÇK durch den Sicherheitsrat der UNO, der in der Resolution 1345 vom 21. März einstimmig die albanischen Freischärler aufforderte, ihre *terroristischen Angriffe* in Mazedonien und Südserbien einzustellen.

Auch um einen weiteren Zulauf von Albanern zur UÇK zu unterbinden sollte der „Entfremdung“ der Albaner von den staatlichen Strukturen nach den Vorstellungen der EU-Repräsentanten durch die Aufwertung der lokalen Selbstverwaltung und eine allgemeine Dezentralisierung der staatlichen Strukturen entgegengetreten werden. Der albanischen Forderung, nach Erhöhung ihres Anteiles an den Staatsdienern, stand die EU eher skeptisch gegenüber. Dabei spielte das Engagement des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund/IMF) in Mazedonien eine gewisse Rolle, der bisher finanzielle Hilfsmaßnahmen für Mazedonien unter anderem von einer einschneidenden Verkleinerung des mazedonischen Verwaltungsapparates abhängig gemacht hatte. Eine Änderung der mazedonischen Verfassung wurde von der EU bis Ende Mai zwar nicht offen gefordert, doch eine so weit reichende Staatsreform, wie sie als Bedingungen für den Abschluss des Assoziations- und Stabilisationsabkommens mit der mazedonischen Regierung vom 9. April 2001 von der EU gestellt wurde, ist in der Regel ohne eine Änderung des Grundgesetzes nicht möglich. Eine Große Koalition sollte die notwendige parlamentarische Mehrheit dafür sicherstellen. Zur Frage, ob eine solche Verfassungsänderung die Verankerung des bi-nationalen Staates oder eine stärkere Betonung des staatsbürgerlichen Prinzips zum Ziel haben soll, wie es vom mazedonischen Staatspräsidenten Trajkovski vorgeschlagen wurde²⁶, nahm die EU nicht eindeutig Stellung. Offiziell vertraten die internationalen Vermittler den Standpunkt, dass die Konfliktparteien in Mazedonien durch einen politischen Dialog selbst eine befriedigende Lösung erzielen sollen und die Internationale Gemeinschaft sie dabei nur unterstützen muss. Eine solche befriedigende Lösung zeichnete sich jedoch Ende Mai trotz der Bildung einer Großen Koalition wegen der sehr unterschiedlichen Positionen zur Staatskonzeption nicht ab. Auf der einen Seite wurde nicht nur von der UÇK, sondern auch von den in der Regierung vertretenen albanischen Parteien die Forderung nach der Umwandlung Mazedoniens in einen bi-nationalen Staat erhoben. Auf der anderen Seite zeigten die meisten slawo-mazedonischen Politiker keine Bereitschaft zur Abkehr von der Auffassung, dass Mazedonien vor allem der Nationalstaat der slawo-mazedonischen Bevölkerung ist.

Ausblick

Die Entwicklung in Mazedonien war bei Fertigstellung dieses Beitrags Ende Mai 2001 allgemein durch eine pessimistische Grundstimmung gekennzeichnet: Trotz der Bemühungen von Staatspräsident Trajkovski zur Entspannung des politischen Klimas zeichnete sich innerhalb der Koalitionsregierung keine konstruktive Zusammenarbeit über die ethnischen Grenzen hinweg ab. Die tiefe Kluft zwischen dem slawo-mazedonischen und dem albanischen Lager wurde durch ein Abkommen der Chefs der beiden albanischen Parteien

26 Vgl. BBC Monitoring International Reports (”Macedonian president, party leaders discuss political, security situation”) 5.5.2001.

DPA und PDP mit dem Sprecher der UÇK über ein koordiniertes Vorgehen bei der Durchsetzung der albanischen Forderungen noch vergrößert.

Auch im militärischen Bereich gab es Hinweise für eine weitere Radikalisierung: Schon einige Tage nachdem die Große Koalition gebildet worden war und die Regierung eine einseitige Waffenruhe verkündet hatte, brachen die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und der UÇK im multiethnischen Gebiet um die Stadt Kumanovo im Norden erneut und verstärkt aus. Fünf- bis zehntausend Personen aus dem Kampfgebiet wurden dadurch zu Flüchtlingen.

Ende Mai schien eine friedliche Lösung im eskalierenden Konflikt nur durch intensive Vermittlung und Druck von außen möglich. Die Herausforderung für die EU bestand nun vor allem darin, nicht "nur" wie zu Beginn der Krise zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, sondern diesen auch konkrete Vorschläge zur Entschärfung des Konflikts einschließlich möglicher Verfassungsänderungen zu unterbreiten.

Mag. Predrag Jureković
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Militärwissenschaftliches Büro
des Bundesministeriums für Landesverteidigung